

Robert Kagan

Macht und Ohnmacht



Robert Kagan

# Macht und Ohnmacht

Amerika und Europa  
in der neuen Weltordnung

*Aus dem Englischen  
von Thorsten Schmidt*

Siedler



*Für  
Leni und David*



Wir sollten nicht länger so tun, als hätten Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht oder als würden sie auch nur in der gleichen Welt leben. In der alles entscheidenden Frage der Macht – in der Frage nach der Wirksamkeit, der Ethik, der Erwünschtheit von Macht – gehen die amerikanischen und die europäischen Ansichten auseinander. Europa wendet sich ab von der Macht, oder es bewegt sich, anders gesagt, über diese hinaus. Es betritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen und Regeln, transnationalen Verhandlungen und internationaler Kooperation, ein posthistorisches Paradies von Frieden und relativem Wohlstand, das der Verwirklichung von Kants »Ewigem Frieden« gleichkommt. Dagegen bleiben die Vereinigten Staaten der Geschichte verhaftet und üben Macht in einer anarchischen Hobbesschen Welt aus, in der auf internationale Regelungen und Völkerrecht kein Verlass ist und in der wahre Sicherheit sowie die Verteidigung und Förderung einer freiheitlichen Ordnung nach wie vor von Besitz und Einsatz militärischer Macht abhängen. Aus diesem Grund entwickeln sich Amerikaner und Europäer in zentralen strategischen Fragen heute immer weiter auseinander: Sie sind sich nur noch in we-

nigen Punkten einig und verstehen sich gegenseitig immer weniger. Und dies ist kein vorübergehender Zustand – das Ergebnis einer einzelnen amerikanischen Wahl oder eines katastrophalen Ereignisses. Die Ursachen für die transatlantischen Misshelligkeiten liegen tief und werden nicht so schnell beseitigt werden können. Soweit es um nationale Prioritäten, die Einschätzung von Bedrohungen und Herausforderungen, die Gestaltung und Durchsetzung von Außen- und Verteidigungspolitik geht, haben sich die Wege der Vereinigten Staaten und Europas getrennt.

Für einen Amerikaner, der in Europa lebt, ist dieser Gegensatz leichter zu erkennen. In Europa ist man sich der wachsenden Unterschiede deutlicher bewusst, vielleicht weil man sie dort mehr fürchtet. Europäische Intellektuelle sind nahezu einmütig überzeugt davon, dass Amerika und Europa keine gemeinsame »strategische Kultur« mehr haben. Das krasseste europäische Zerrbild zeichnet ein Amerika, das von einer »Kultur des Todes« beherrscht wird und dessen bellizistisches Temperament die natürliche Folge einer durch und durch gewaltbestimmten Gesellschaft ist, in der jedermann eine Waffe trägt und die Todesstrafe herrscht. Aber selbst diejenigen, die nicht diesen schlichten Zusammenhang herstellen, sind der Ansicht, dass sich die außenpolitischen Strategien der Vereinigten Staaten und Europas grundlegend voneinander unterscheiden.

Die Vereinigten Staaten, so behaupten sie, wendeten schneller militärische Gewalt an und brächten weniger Geduld für diplomatische Bemühungen auf. Die Amerikaner würden die Welt dualistisch in Gut und Böse, Freund und Feind einteilen, während die Europäer stär-



ker differenzierten. In der Auseinandersetzung mit realen oder potenziellen Gegnern stellten die Amerikaner Zwang über Überzeugungsarbeit, Sanktionen über Anreize zu besserem Verhalten, die Peitsche über das Zuckerbrot. Die Amerikaner seien stets bestrebt, internationale Fragen ein für alle Mal zu klären: Ihnen liege daran, dass Probleme gelöst, Bedrohungen beseitigt würden. Und natürlich neigten die Amerikaner zunehmend zu internationalen Alleingängen. Sie seien weniger darauf eingestellt, durch internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen zu handeln, und weniger geneigt, mit anderen Staaten für gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten. Auch betrachteten sie das Völkerrecht skeptischer und seien durchaus bereit, auch außerhalb seiner engen Grenzen zu operieren, wenn sie es für erforderlich oder auch nur zweckmäßig hielten.<sup>1</sup>

Die Europäer dagegen beteuern, sie gingen Probleme differenzierter und abgewogener an. Sie versuchten andere behutsam und auf indirekte Weise zu beeinflussen. Sie seien geduldiger, würden auch schon mal einen Fehlschlag in Kauf nehmen. Sie würden im Allgemeinen friedliche Lösungen anstreben und Verhandlungen, Diplomatie und Überzeugungsarbeit der Androhung von Gewalt vorziehen. Sie setzten stärker auf das Völkerrecht, internationale Abkommen und die Meinung der internationalen Gemeinschaft, wenn es um strittige Fragen gehe. Sie bemühten sich, die Staaten über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen enger aneinander zu binden. Sie seien eher prozess- als ergebnisorientiert, weil sie glaubten, dass Prozesse letztlich zu substanziellen Ergebnissen führten.

Dieses europäische Porträt der beiden Seiten ist natürlich

ein Zerrbild, das stark überzeichnet und grob vereinfacht. Man kann keine pauschalen Aussagen über die Europäer machen: Die Briten haben vielleicht einen »amerikanischen« Machtbegriff als viele Kontinentaleuropäer. Ihre Erinnerung an das Empire, das »besondere Verhältnis« zu den Vereinigten Staaten, das im Zweiten Weltkrieg und in der Frühzeit des Kalten Krieges geformt wurde, und ihre traditionell reservierte Haltung gegenüber dem restlichen Europa verleihen ihnen einen Sonderstatus. Und man kann auch nicht einfach Franzosen und Deutsche in einen Topf werfen; die Ersten sind stolz und unabhängig, aber auch erstaunlich unsicher; bei den Zweiten ist seit Ende des Zweiten Weltkriegs das Selbstbewusstsein mit Selbstzweifeln durchsetzt. Die Staaten Ost- und Mitteleuropas machten unterdessen eine ganz andere geschichtliche Entwicklung durch als ihre europäischen Nachbarn; sie haben eine historisch verwurzelte Furcht vor der Macht Russlands und eine »amerikanischere« Sicht der Hobbesschen Realitäten. Und selbstverständlich werden innerhalb der Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks heterogene Standpunkte vertreten. Die französischen Gaulisten haben ein anderes Verständnis von Macht als die französischen Sozialisten. Die Demokraten in den Vereinigten Staaten wirken oftmals »europäischer« als die Republikaner; und Außenminister Colin Powell erscheint vielleicht »europäischer« als Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Viele Amerikaner, vor allem unter den Intellektuellen, lehnen die »Härte« der amerikanischen Außenpolitik genauso ab wie die meisten Europäer, und einigen Europäern bedeutet Macht genauso viel wie einem x-beliebigen Amerikaner.

Dennoch enthalten die Zerrbilder eine elementare Wahr-

heit: Die USA und Europa sind heute grundverschieden. Powell und Rumsfeld haben mehr gemein als Powell und die Außenminister Frankreichs, Deutschlands oder auch Großbritanniens. Im Hinblick auf den Einsatz militärischer Gewalt haben die amerikanischen Demokraten mehr mit den Republikanern gemein als mit den meisten europäischen Sozialdemokraten. In den neunziger Jahren waren selbst amerikanische Liberale eher bereit, Gewalt anzuwenden, und sie hatten ein dualistischeres Weltbild als die meisten ihrer europäischen Gesinnungsgenossen. Die Regierung Clinton ließ den Irak, Afghanistan und den Sudan bombardieren. Die meisten europäischen Regierungen hätten dies mit Sicherheit nicht getan und waren in der Tat entsetzt über den Militarismus der Amerikaner. Ob die Europäer 1999 Belgrad bombardiert hätten, wenn die Amerikaner sie nicht zum Handeln gezwungen hätten, ist eine interessante Frage.<sup>2</sup> Im Oktober 2002 stimmte eine Mehrheit der Demokraten im Senat für die Resolution, die Präsident Bush ermächtigte, Krieg gegen den Irak zu führen, während ihre politischen Freunde in Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und sogar in Großbritannien dies sprachlos und beängstigt zur Kenntnis nahmen.

Worauf sind diese unterschiedlichen strategischen Sichtweisen zurückzuführen? Dieser Frage wurde in den letzten Jahren zu wenig Beachtung geschenkt. Experten und Außenpolitiker auf beiden Seiten des Atlantiks beteuerten, es gebe keine ernsten Streitpunkte, oder sie spielten die Bedeutung bestehender Meinungsverschiedenheiten herunter, indem sie darauf hinwiesen, schon früher seien Spannungen im transatlantischen Bündnis aufgetreten. Denjenigen, die – vor allem in Europa – die bestehenden

Differenzen ernster nehmen, ging es vor allem darum, die Vereinigten Staaten an den Pranger zu stellen, und nicht darum, zu verstehen, weshalb die USA beziehungsweise Europa so handelten, wie sie es taten. Es ist höchste Zeit, Verleugnung und Polemik hinter sich zu lassen.

Anders als viele Europäer und einige Amerikaner glauben, liegen diese Unterschiede in der strategischen Kultur nicht in den verschiedenartigen Nationalcharakteren begründet. Schließlich ist das, was die Europäer als ihre pazifistischere strategische Kultur betrachten, historisch gesehen, recht neu. Es handelt sich um eine allmähliche Abkehr von der ganz anderen strategischen Kultur, die in Europa jahrhundertlang – zumindest bis zum Ersten Weltkrieg – dominierte. Die europäischen Regierungen – und Völker –, die sich begeistert in diesen Krieg stürzten, glaubten an die *Machtpolitik* [i. Orig. deutsch]. Sie waren glühende Nationalisten, die der Idee der Nation mit Waffengewalt Geltung verschaffen wollten, wie die Deutschen unter Bismarck, oder die, wie Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, *égalité* und *fraternité* mit dem Schwert durchsetzen wollten, oder die schließlich, wie die Briten über drei Jahrhunderte, die Segnungen der liberalen Zivilisation unter Geschützdonner verbreiten wollten. Die europäische Ordnung, die mit der Gründung des Deutschen Reichs im Jahr 1871 entstand, war »wie all ihre Vorgängerinnen ein Kind des Kriegs«.<sup>3</sup> Zwar lassen sich die Wurzeln der derzeitigen europäischen Weltsicht, wie die Wurzeln der Europäischen Union selbst, bis in die Aufklärung zurückverfolgen, doch Europas Großmachtpolitik hielt sich in den letzten dreihundert Jahren nicht an die visionären Entwürfe der Philosophen und Physiokraten.

Auch haben die USA nicht von jeher bei der Gestaltung internationaler Beziehungen auf militärische Gewalt gesetzt, dem Völkerrecht die kalte Schulter gezeigt und ganz offen zum Unilateralismus tendiert. Die Amerikaner sind ebenfalls Kinder der Aufklärung und waren in den frühen Jahren der Republik aufrichtige Verfechter des Ideenguts der Aufklärung. Bei ihrer Gründung waren die Vereinigten Staaten von Amerika die große Hoffnung der aufgeklärten Europäer, die an ihrem Kontinent verzweifelten und Amerika als das Land ansahen, »wo sich Vernunft und Menschlichkeit wohl schneller durchsetzen werden als an irgendeinem anderen Ort.«<sup>4</sup> Die Rhetorik – wenn auch nicht immer die Praxis – der frühen amerikanischen Außenpolitik war durchdrungen von den Prinzipien der Aufklärung. Amerikanische Staatsmänner priesen im späten 18. Jahrhundert, ganz ähnlich wie die europäischen Staatsmänner unserer Zeit, die besänftigende Wirkung des Handels auf internationale Streitigkeiten und sie stellten das Völkerrecht und die internationale öffentliche Meinung über rohe Gewalt. Die jungen USA spielten zwar ihre Macht gegenüber schwächeren Völkern auf dem nordamerikanischen Kontinent aus, aber in der Auseinandersetzung mit den europäischen Giganten behaupteten sie, der Macht abzuschwören, und verurteilten die Machtpolitik der europäischen Reiche des 18. und 19. Jahrhunderts als atavistisch.

Einige Historiker folgerten daraus irrigerweise, die amerikanische Gründergeneration habe utopische Ideale verfolgt, Machtpolitik als »fremd und abstoßend« empfunden und die »Bedeutung des Machtfaktors in den außenpolitischen Beziehungen schlicht verkannt.«<sup>5</sup> Aber George Washington, Alexander Hamilton, John Adams

und sogar Thomas Jefferson waren keine Utopisten. Sie waren bestens vertraut mit den Realitäten der internationalen Machtpolitik. Sie konnten nach europäischen Regeln spielen, wenn es die Umstände erlaubten, und sie wünschten sich oft, sie hätten die Macht, das Spiel der Machtpolitik erfolgreicher zu spielen. Aber sie waren realistisch genug, um zu wissen, dass sie schwach waren, und sie setzten bewusst und unbewusst die Strategien der Schwachen ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie schmähten die Machtpolitik und verdammt den Krieg und militärische Macht – Felder, auf denen sie den europäischen Großmächten weit unterlegen waren. Sie rühmten den Nutzen und die friedensfördernde Wirkung des Handels, wo die Amerikaner eher mithalten konnten. Sie machten sich für das Völkerrecht stark, in dem sie das beste Mittel sahen, das Verhalten der Nationen zu regeln, wohl wissend, dass sie kaum andere Mittel hatten, um Großbritannien und Frankreich Beschränkungen aufzuerlegen. Sie wussten aus ihrer Lektüre Vattels<sup>6</sup>, dass im Völkerrecht »Stärke oder Schwäche ... nichts zählt. Ein Zwerg ist ebenso sehr Mensch wie ein Riese; eine kleine Republik ist nicht weniger souveräner Staat als das mächtigste Königreich.«<sup>7</sup> Spätere Generationen von Amerikanern, die wesentlich mehr Macht und Einfluss auf weltpolitischer Bühne besaßen, waren nicht immer so angetan von dieser beschränkenden, egalitären Natur des Völkerrechts. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert aber waren es die europäischen Großmächte, die sich oft keine Fesseln anlegen lassen wollten.

Zwei Jahrhunderte später haben Amerikaner und Europäer die Plätze – und die Perspektiven – getauscht. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass sich in diesen

zweihundert Jahren und insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten die Gewichte der Macht dramatisch verschoben haben. Als die Vereinigten Staaten schwach waren, verfolgten sie die Strategien der indirekten Einflussnahme, Strategien der Schwäche; nun, da sie mächtig sind, benehmen sie sich auch wie ein mächtiger Staat. Als die europäischen Großmächte stark waren, glaubten sie an Stärke und Kriegsruhm. Heute sehen sie die Welt mit den Augen schwächerer Staaten. Diese ganz unterschiedlichen Blickwinkel haben naturgemäß unterschiedliche strategische Einschätzungen hervorgebracht, unterschiedliche Beurteilungen von Bedrohungen und den geeigneten Mitteln, diesen zu begegnen, unterschiedliche Interessenkalküle und schließlich unterschiedliche Einschätzungen des Völkerrechts und internationaler Institutionen.

Aber selbst das Machtgefälle erklärt nur zum Teil den tiefen Graben, der sich zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geöffnet hat. Denn zugleich mit diesen naturgemäßen Konsequenzen des transatlantischen Machtgefälles tut sich eine tiefe ideologische Kluft auf. Europa hat auf Grund der einzigartigen historischen Erfahrung des 20. Jahrhunderts – die in der Gründung der Europäischen Union gipfelte – eine Reihe von machtpolitischen Idealen und Prinzipien entwickelt, die sich von denen der Amerikaner unterscheiden. Wenn die strategische Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa heute größer denn je erscheint und sich mit beunruhigender Geschwindigkeit weiter verbreitert, so deshalb, weil die sachlichen und ideologischen Gegensätze einander wechselseitig verstärken. Die daraus erwachsenden Spaltungstendenzen könnten sich als irreversibel erweisen.

# Das Machtgefälle

Manche werden vielleicht fragen: Was ist daran so neu? Europa ist als globale Militärmacht schon seit langem im Niedergang begriffen. Die Machtstellung und das Selbstvertrauen Europas erlitten vor fast einhundert Jahren mit dem Ersten Weltkrieg den schwersten Schlag. Der schreckliche Konflikt verwüstete drei der fünf europäischen Mächte – Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland –, die tragende Säulen des kontinentaleuropäischen Gleichgewichts der Kräfte seit 1871 gewesen waren. Er schädigte die europäischen Volkswirtschaften und zwang sie in eine jahrzehntelange Abhängigkeit von amerikanischen Banken. Doch der Krieg brach vor allem den Willen und die geistige Kraft Großbritanniens und Frankreichs, zumindest bis sich die Briten 1939 hinter Churchill sammelten, als es zu spät war, einen weiteren Weltkrieg zu vermeiden. In den zwanziger Jahren hatte Großbritannien schwer an den Folgen des »sinnlosen« Abschlachtens einer ganzen Generation junger Männer in Passchendaele und auf anderen Schlachtfeldern zu tragen, und die britische Regierung demobilisierte bei Kriegsende rasch ihre Armee. Ein verängstigtes Frankreich setzte alles daran, eine ausreichende Truppenstärke aufrechtzuerhal-



ten, um für den seines Erachtens unvermeidlichen Fall eines Wiedererstarkens Deutschlands und revanchistischer Bestrebungen gerüstet zu sein. Anfang der zwanziger Jahre wollte Frankreich unbedingt ein Bündnis mit Großbritannien schließen, doch die im Versailler Vertrag festgelegte britisch-amerikanische Beistandsgarantie für Frankreich löste sich in Luft auf, als der US-Kongress das Abkommen nicht ratifizierte. Unterdessen forderten die traumatisierten Briten, nachdem sie sich wider alle Vernunft eingeredet hatten, die größte Bedrohung für den europäischen Frieden gehe von Frankreich und nicht von Deutschland aus, noch 1934, Frankreich solle so weit abrüsten, dass es mit Deutschland gleichziehe. Winston Churchill war eine einsame Stimme, die vor der »schrecklichen Gefahr« warnte, die darin liege, »ständig von Frankreich zu verlangen, sich selbst zu schwächen«.<sup>8</sup>

In der Zeit zwischen den beiden Kriegen bemühte sich Europa erstmals, Machtpolitik zu überwinden, aus einer Schwäche eine Tugend zu machen. Statt, wie in der Vergangenheit, auf Macht zu bauen, setzten die europäischen Siegermächte des Ersten Weltkriegs große Hoffnungen in die »kollektive Sicherheit« und deren institutionelle Verkörperung, den Völkerbund. »Unser Ziel war es«, so erklärte einer der führenden Staatsmänner des Völkerbunds, »den Krieg unmöglich zu machen, ihn zu töten, zu vernichten. Um dies zu erreichen, mussten wir ein System schaffen.«<sup>9</sup> Aber das »System« versagte, auch deshalb, weil seine führenden Mitglieder weder die Macht noch den Willen hatten, ihm zum Erfolg zu verhelfen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die treibende geistige Kraft hinter diesem Versuch, die Sicherheitskrise Europas durch Gründung einer supranational

geplanten Institution zu überwinden, ein Amerikaner war, nämlich Woodrow Wilson. Wilson sprach mit der Autorität einer Nation, die in den letzten Jahrzehnten zu einem der reichsten und mächtigsten Länder der Welt aufgestiegen war und deren später Eintritt in den Ersten Weltkrieg erheblich zum Sieg der Alliierten beigetragen hatte. Leider sprach Wilson zu einem Zeitpunkt für Amerika, da es ebenfalls vor der Macht davonzog, und wie sich zeigte, sprach er gar nicht mehr für sein Land. Die Weigerung Amerikas, an der von Wilson geschaffenen Institution mitzuwirken, machte auch die geringste Chance zunichte, dass sie erfolgreich arbeiten würde. Churchill erinnerte sich bitter: »Wir, die wir in dieser ganzen Sache der Friedenssicherung den Meinungen und Wünschen [Wilson] so weit nachgegeben hatten, wurden knapp beschieden, wir sollten uns besser über die amerikanische Verfassung informieren.«<sup>10</sup> Die Europäer wurden sich selbst überlassen, und als sie in den dreißiger Jahren mit der zunehmenden Macht eines revisionistischen, wiederaufrüstenden Deutschlands konfrontiert waren, schwand die »kollektive Sicherheit« dahin und wurde durch die Appeasementpolitik ersetzt.

Im Kern war diese Beschwichtigungspolitik gegenüber Nazi-Deutschland eine Schwäche, die weniger von dem tatsächlichen Unvermögen, die Macht Deutschlands einzudämmen, als vielmehr von der verständlichen Furcht vor einem weiteren großen europäischen Krieg herührte. Doch auf diesem Fundament wurde ein kunstvolles Gebäude spitzfindiger Argumente über die Bedrohung, die Deutschland darstellte, und die besten Mittel, ihr entgegenzutreten, errichtet. Insbesondere britische Regierungsbeamte spielten die Bedrohung konsequent

herunter oder beteuerten, sie sei noch nicht ernst genug, um etwas gegen sie unternehmen zu müssen. »Wenn der Nachweis erbracht würde, dass Deutschland wiederaufrüstet«, sagte der Anführer der britischen Konservativen, Stanley Baldwin, 1933, dann müsste Europa etwas unternehmen. »Aber diese Situation ist noch nicht eingetreten.«<sup>11</sup> Die Appeasementstrategen führten allerhand Gründe an, weshalb die Anwendung von Gewalt unnötig beziehungsweise unzweckmäßig sei. Das Deutsche Reich und seine Nazi-Regierung, so behaupteten einige, hätten berechtigten Grund zur Klage, und dies müsse von den Westmächten berücksichtigt werden. Der Versailler Vertrag sei, so John Maynard Keynes, unzumutbar hart und kontraproduktiv, und Großbritannien und Frankreich hätten es sich selbst zuzuschreiben, dass die deutsche Politik von Feindseligkeit und Revanchismus geprägt sei. Als Hitler die diskriminierende Behandlung von Volksdeutschen in der Tschechoslowakei und in anderen Gebieten anprangerte, waren die westlichen Demokratien bereit, in diesem Punkt nachzugeben. Und auch die anderen europäischen Mächte wollten nicht glauben, dass ein ideologischer Graben Kompromisse mit Hitler und den Nazis unmöglich mache. Im Jahr 1936 sagte der französische Premierminister Léon Blum einem deutschen Minister: »Ich bin Marxist und Jude, aber wir erreichen nichts, wenn wir ideologische Barrieren als unüberwindlich betrachten.«<sup>12</sup> Viele redeten sich ein, Hitler sei zwar ein Ärgernis, aber die Alternativen zu ihm in Deutschland seien vermutlich noch schlimmer. Britische und französische Regierungsvertreter bemühten sich um Hitlers Unterschrift unter Abkommen, da sie glaubten, er allein könne die radikaleren Kräfte der deutschen Gesellschaft im Zaum halten.<sup>13</sup>

Das Hauptziel der Beschwichtigungspolitik bestand darin, Zeit zu gewinnen, verbunden mit der Hoffnung, Hitler zufrieden zu stellen. Doch diese Strategie erwies sich für Großbritannien und Frankreich als verhängnisvoll. Mit jedem Jahr, das verging, konnte Deutschland seine latente ökonomische und industrielle Überlegenheit besser nutzen und so stark aufrüsten, dass die demokratischen Mächte Europas schließlich außer Stande waren, Hitler abzuschrecken beziehungsweise zu besiegen, als er loslug. Im Jahr 1940 blickte Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels mit einer gewissen Verwunderung auf die vergangenen zwanzig Jahre europäischer Diplomatie zurück:

»1933 hätte ein französischer Ministerpräsident sagen müssen (und wäre ich französischer Ministerpräsident gewesen, ich hätte es gesagt): Der Mann ist Reichskanzler geworden, der das Buch ›Mein Kampf‹ geschrieben hat, in dem das und das steht. Der Mann kann nicht in unserer Nachbarschaft geduldet werden. Entweder er verschwindet, oder wir marschieren. Das wäre durchaus logisch gewesen. Man hat darauf verzichtet. Man hat uns gelassen, man hat uns durch die Risikozone ungehindert durchgehen lassen, und wir konnten alle gefährlichen Klippen umschiffen, und als wir fertig waren, gut gerüstet, besser als sie, fingen sie den Krieg an.«<sup>14</sup>

Die subtilen Argumente für eine Appeasementpolitik wären vielleicht stichhaltiger gewesen, wenn sie unter anderen Umständen auf einen anderen Mann und ein anderes Land angewandt worden wären – zum Beispiel auf den herausragenden deutschen Politiker der zwanziger Jahre, Gustav Stresemann. Doch auf Hitler und das Deutsche Reich der dreißiger Jahre trafen sie nicht zu. Aber

andererseits war die Appeasementstrategie in Wahrheit kein Produkt rationaler Analyse, sondern politischer Schwäche.

Wenn der Erste Weltkrieg Europa nachhaltig schwächte, so zerstörte der Zweite Weltkrieg, der aus diesem Scheitern europäischer Strategie und Diplomatie resultierte, den Weltmachtstatus der europäischen Staaten weitgehend. Ihre Unfähigkeit nach dem Krieg, genügend Truppen nach Übersee zu verlegen, um ihre Kolonialreiche in Asien, Afrika und dem Nahen Osten zu erhalten, zwang sie nach fünfhundert Jahren imperialer Vorherrschaft zu einem Rückzug auf breiter Front: Es war die vielleicht stärkste Zurücknahme globalen Einflusses in der Menschheitsgeschichte. Weniger als ein Jahrzehnt nach Beginn des Kalten Krieges traten die Europäer sowohl ihren Kolonialbesitz als auch ihre strategischen Verantwortlichkeiten in Asien und im Mittleren Osten an die Vereinigten Staaten ab, manchmal freiwillig und manchmal, wie etwa in der Suez-Krise, unter amerikanischem Druck.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatten viele einflussreiche Amerikaner gehofft, Europa könne sich als »dritte Kraft« in der Welt neu etablieren, die stark genug wäre, um sich ohne fremde Hilfe gegen die Sowjetunion zu behaupten und den USA den Rückzug aus Europa zu erlauben. Franklin Roosevelt, Dean Acheson und andere amerikanische Beobachter glaubten, Großbritannien würde die Last auf sich nehmen, einen Großteil der Welt gegen die Sowjetunion zu verteidigen. In dieser unmittelbaren Nachkriegszeit konnte sich Präsident Harry Truman sogar eine Welt vorstellen, in der London und Moskau um Einfluss rangen, wobei die USA als »ein unparteiischer Schiedsrichter« fungierten.<sup>15</sup> Doch dann stellte die briti-

sche Regierung klar, dass sie die bei Kriegsende aufgenommene Wirtschafts- und Militärhilfe an Griechenland und die Türkei nicht fortführen könne. 1947 erkannten britische Regierungsvertreter, dass die Vereinigten Staaten bald »die Fackel der Weltführung aus unseren fröstelnden Händen reißen werden.«<sup>16</sup> Europa war mittlerweile auf die USA angewiesen, um seine eigene Sicherheit und die globale Sicherheit zu gewährleisten. Frankreich und Großbritannien konnten der Idee eines unabhängigen europäischen Blocks, einer »dritten Kraft«, wenig abgewinnen, da sie befürchteten, dies diene nur als Vorwand für den Rückzug Amerikas aus Europa. Einmal mehr würden sie Deutschland und jetzt auch der Sowjetunion allein gegenüberstehen. Ein amerikanischer Regierungsbeamter formulierte es folgendermaßen: »Das Einzige, woraus [die Franzosen] verhaltene Zuversicht ziehen, ist die Tatsache, dass amerikanische Truppen – welcher zahlenmäßigen Stärke auch immer – zwischen ihnen und der Roten Armee stehen.«<sup>17</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geriet Europa deshalb in eine strategische Abhängigkeit von den USA. Die einstmals globale Einflussphäre der europäischen Mächte erstreckte sich nicht mehr über den Kontinent hinaus. Europas einzige, wenn auch essenzielle strategische Aufgabe während des Kalten Krieges bestand darin, standzuhalten und sein Territorium so lange gegen eine sowjetische Offensive zu verteidigen, bis die Amerikaner eintrafen. Und es fiel den Europäern sehr schwer, auch nur dies zu leisten. Die mangelnde Bereitschaft der Europäer, so viel für ihre Verteidigung auszugeben, wie die amerikanischen Regierungen für notwendig hielten, war eine ständige Quelle transatlantischer Spannungen –

von der Gründung der NATO bis zu den Tagen Kennedys, dessen Doktrin von der »flexiblen Reaktion« auf einer beträchtlichen Erhöhung der konventionellen Streitkräfte in Europa basierte, bis zur Reagan-Ära, als amerikanische Kongressabgeordnete lautstark verlangten, Europa solle sich stärker an der Last der gemeinsamen Verteidigung beteiligen.

Aber die Umstände des Kalten Krieges schufen ein vielleicht unvermeidliches Spannungsverhältnis zwischen amerikanischen und europäischen Interessen. Die Amerikaner bevorzugten im Allgemeinen ein schlagkräftiges europäisches Militärpotenzial – selbstverständlich unter NATO-Befehl –, das die sowjetischen Armeen auf europäischem Boden aufhalten konnte (unterhalb der Schwelle eines Atomkriegs), wobei die Europäer, nicht die Amerikaner, die größten Verluste tragen sollten. Die meisten Europäer bevorzugten naturgemäß eine andere Form der Abschreckung. Sie nahmen gern den Schutz in Anspruch, den der US-Nuklearschirm bot, und sie hofften, die Sicherheit Europas könnte durch das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den USA und der Sowjetunion und die Doktrin der sicheren gegenseitigen Vernichtung gewährleistet werden. In den frühen Jahren des Kalten Krieges waren die europäischen Volkswirtschaften sowieso zu schwach, um ihre Selbstverteidigung zu gewährleisten. Doch selbst als sich die europäischen Volkswirtschaften im weiteren Verlauf des Kalten Krieges erholten, hatten die Europäer kein großes Interesse daran, den militärischen Rückstand aufzuholen. Die amerikanische Nukleargarantie nahm den Europäern den Anreiz, ihre Verteidigungsausgaben so stark zu erhöhen, dass sie wieder zu militärischen Großmächten aufgestiegen

Robert Kagan

## **Macht und Ohnmacht**

Amerika und Europa in der neuen Weltordnung

Gebundenes Buch, Leinen, ca. 128 Seiten, 13,5 x 21,5 cm

ISBN: 978-3-88680-794-9

Siedler

Erscheinungstermin: Februar 2003

**MACHT**  
*Robert Kagan*  
**UND**  
*Amerika und Europa*  
**OHNMACHT**  
*in der neuen Weltordnung*

*Siedler*

Europäische Politiker, die von der globalen Strategie der USA zunehmend irritiert sind, glauben, dass die USA und Europa auf einen »Moment der Wahrheit« (New York Times) zusteuern. Nach Jahren wechselseitigen Ressentiments und zunehmender Spannung ist die Erkenntnis unausweichlich, dass die realen Interessen Amerikas und Europas längst nicht mehr identisch sind und dass die Beziehung zwischen den USA und den Staaten Europas, besonders Deutschland, sich verändert hat - vielleicht unwiderruflich. Europa sieht die Vereinigten Staaten als arrogant, kriegerisch, undiplomatisch; die Vereinigten Staaten betrachten Europa als erschöpft, unernst und schwach. Der Ärger und das Misstrauen auf beiden Seiten verhärten sich und führen zu Entfremdung und Unverständnis.

Schon mit seinem Artikel in der »Policy Review« und nun mit seinem Buch unternimmt Robert Kagan den Versuch, die Standpunkte beider Seiten zu verstehen und darzulegen. Er verfolgt die unterschiedlichen historischen Entwicklungen von Amerika und Europa seit dem Zweiten Weltkrieg: Für Europa stand die Notwendigkeit, der blutigen Vergangenheit zu entkommen und der Gewalt zu entsagen, im Vordergrund, während die USA sich zunehmend als einzige Garantiemacht einer demokratischen Weltordnung sehen.

Diese bemerkenswerte Analyse wird in Washington und Berlin ebenso diskutiert wie in Tokio. Kagens Buch ist politische Pflichtlektüre.